

# Rechtliche Fragen zum Einsatz Künstlicher Intelligenz in der beruflichen Bildung

**Künstliche Intelligenz (KI) verändert das Lehren, Lernen und Verwalten in der beruflichen Bildung grundlegend. Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob KI eingesetzt wird, sondern wie dieser Einsatz gestaltet werden kann. Hierzu enthält die neue EU-KI-Verordnung wichtige Hinweise.**

## Die neue EU-KI-Verordnung

Mit der im Jahr 2024 in Kraft getretenen EU-Verordnung über Künstliche Intelligenz (KI-VO)<sup>1</sup> liegt erstmals ein einheitlicher europäischer Rahmen vor, der Bildungseinrichtungen klare Pflichten auferlegt, sobald sie KI-Systeme einsetzen. Ziel der Verordnung ist es, Innovationen zu ermöglichen, ohne dabei Grundrechte, Transparenz und Sicherheit aus dem Blick zu verlieren.

Die Integration von KI in das Bildungssystem erfordert daher nicht nur technische Anpassung, sondern auch ein pädagogisches und rechtliches Umdenken. Die berufliche Bildung steht vor der Aufgabe, digitale Potenziale zu erschließen, den bestehenden Rechtsrahmen mit Leben zu füllen, kontextgerecht auszugestalten und Bildung unter diesen Bedingungen weiterzudenken.

## Geltung und Systematik

Die KI-VO gilt unmittelbar in allen EU-Mitgliedstaaten und folgt einem risikobasierten Ansatz, bei dem mit

steigendem Risiko strengere Vorgaben greifen. Unterschieden werden vier Risikoklassen (vgl. Infokasten).

Verantwortlich sind die jeweiligen Akteure entlang des Lebenszyklus eines KI-Systems – von der Entwicklung bis zum Einsatz. Verantwortliche für digitale Bildungs- und Prüfungssysteme sind explizit benannt. Dies betrifft sowohl kommerzielle Akteure als auch öffentliche Bildungseinrichtungen unabhängig davon, ob sie KI-Systeme selbst entwickeln oder – als Betreiber im Sinne der Verordnung – ein fremdes System in eigener Verantwortung einsetzen, denn auch solche Betreiber unterliegen den Anforderungen der KI-VO. Die Verordnung ist zwar bereits in Kraft, sieht jedoch gestaffelte Umsetzungsfristen vor. Während einige Regelungen – etwa das Verbot manipulativer KI-Praktiken – bereits greifen, gelten andere Vorschriften mit längeren Übergangsfristen: So müssen die meisten Vorschriften binnen 24 Monaten nach Inkrafttreten der KI-VO und damit ab dem 2. August 2026 umgesetzt werden. Bildungseinrichtungen sollten sich auf die jeweiligen Fristen einstellen.

Unabhängig von der Risikobewertung verpflichtet die KI-VO Anbieter und Betreiber von KI-Systemen ebenfalls, bereits jetzt sicherzustellen, dass ihr Personal und andere Personen, die in ihrem Auftrag mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind, über das notwendige Verständnis und Wissen im Umgang mit diesen Systemen verfügen (Art. 4 KI-VO).

Die rechtlichen Pflichten ergeben sich aus der jeweiligen Rolle im Lebens-

zyklus des Systems. Anbieter entwickeln ein KI-System oder lassen es entwickeln und bringen es unter eigenem Namen in Verkehr. Betreiber setzen ein fremdes System in eigener Verantwortung ein.

## Hochrisikobereiche in der beruflichen Bildung

Gemäß Art. 6 i. V. m. Anhang III KI-VO gelten bestimmte KI-Systeme im Bildungsbereich als hochriskant. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine generelle Einstufung der allgemeinen oder beruflichen Bildung als Hochrisikobereich. Entscheidend ist stets der konkrete Anwendungsbereich. Anhang III benennt die folgenden vier konkreten Anwendungsbereiche als hochriskant:

- Zugang zu Bildungseinrichtungen (z. B. automatisierte Zulassungsverfahren),
- Bewertung von Lernergebnissen (z. B. KI-Systeme wie adaptive Lernplattformen mit automatisierter Leistungsbewertung),

### Risikoklassen

- Verbotene Praktiken (z. B. manipulative Systeme oder biometrische Echtzeitüberwachung),
- Hochrisiko-KI-Systeme (z. B. bestimmte Systeme im Bildungsbereich),
- Systeme mit spezifischem Risiko (z. B. Sprachassistenten oder automatische Textgenerierung),
- Systeme mit geringem oder keinem Risiko (z. B. Spam-Filter).

<sup>1</sup> vgl. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L\\_202401689](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401689) (Stand: 15.10.2025)



**CHRISTOPH JUNGGEBURTH**  
Dr., Referatsleiter im BIBB  
[junggeburch@bibb.de](mailto:junggeburch@bibb.de)

- Prognose des Bildungsniveaus,
- Überwachung in Prüfungssituationen (z.B. Erkennung unerlaubten Verhaltens).

### Ausnahmen gemäß Art. 6 Abs. 3 KI-VO

Nicht jedes System im Anwendungsbereich des Anhangs III ist damit jedoch zwingend als hochriskant einzustufen. Ein o. g. KI-System gilt *nicht* als hochriskant, wenn es kein erhebliches Risiko der Beeinträchtigung für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte natürlicher Personen birgt, indem es unter anderem nicht das Ergebnis der Entscheidungsfindung wesentlich beeinflusst. Dies kann angenommen werden, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Das KI-System ist dazu bestimmt, eine eng gefasste Verfahrensaufgabe durchzuführen (z.B. das Sortieren von Daten bei anschließender menschlicher Überprüfung).
- Es ist dazu bestimmt, das Ergebnis einer zuvor abgeschlossenen menschlichen Tätigkeit zu verbessern.
- Es ist dazu bestimmt, Entscheidungsmuster oder Abweichungen von Entscheidungsmustern zu erkennen, und ist nicht dazu gedacht, zuvor abgeschlossene menschliche Bewertungen ohne angemessene menschliche Überprüfung zu ersetzen oder zu beeinflussen.
- Es ist dazu bestimmt, eine vorbereitende Aufgabe für eine Bewertung durchzuführen, die für die in Anhang III aufgeführten Anwendungsfälle relevant ist.

Ungeachtet dessen gilt ein KI-System immer dann als hochriskant, wenn es ein Profiling natürlicher Personen vornimmt.

Die in Art. 6 Abs. 3 KI-VO genannten Ausnahmen eröffnen Spielräume, entbinden jedoch nicht von einer sorgfältigen Risikoabwägung und

Dokumentationspflicht. Die Kriterien sind nachvollziehbar zu begründen und regelmäßig zu evaluieren.

### Pflichten für Hochrisiko-KI-Systeme

Für Hochrisiko-KI-Systeme gelten – je nach Rolle – unterschiedliche rechtliche Vorgaben. Anbieter tragen die Hauptverantwortung für die Einhaltung der umfassenden Anforderungen der KI-VO.

Die folgenden Pflichten gelten für Anbieter gemäß der KI-VO:

- Einrichtung und Umsetzung eines Risikomanagementsystems sowie technische Dokumentation,
- Überprüfung der Einhaltung gesetzlicher Anforderungen und CE-Kennzeichnung (wenn erforderlich; Nachweis der EU-Konformität),
- Sicherstellung der Qualität und Eignung der verwendeten Daten,
- Verständliche Erläuterung der Systemfunktionen,
- Protokollierung zentraler Systemvorgänge und Gewährleistung menschlicher Aufsicht,
- Eintragung des Systems in die zentrale EU-Datenbank für Hochrisiko-KI-Systeme.

Betreiber müssen sicherstellen, dass sie das System gemäß den Vorgaben der Anbieter einsetzen, Risiken überwachen und bei Bedarf eingreifen können.

### Leitfragen für Bildungseinrichtungen

Für die Umsetzung der KI-VO sollten sich Bildungseinrichtungen daher mit folgenden Fragen befassen:<sup>2</sup>

- Welche konkreten Nutzungsszenarien bestehen für unsere KI-Systeme?

- Welche Systeme setzen wir ein und wie sind sie risikobezogen einzuordnen?
- Welche Rolle nehmen wir im Einzelfall ein: Anbieter oder Betreiber?
- Welche rechtlichen Anforderungen ergeben sich daraus?
- Greifen Ausnahmeregelungen nach Art. 6 Abs. 3 KI-VO?
- Welche technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Risikominimierung sind erforderlich (z.B. menschliche Aufsicht, Transparenzmechanismen)?
- Welche Nachweise müssen wir führen (z.B. Risikoanalyse, technische Dokumentation, CE-Kennzeichnung)?
- Wie gewährleisten wir die Nachvollziehbarkeit und dokumentieren den Systemeinsatz?
- Welche Maßnahmen ergreifen wir zur Schulung und Sensibilisierung unseres beteiligten Personals?

### Fazit

Die KI-Verordnung ist kein Innovationshemmnis, sondern ein Ordnungsrahmen für verantwortlichen KI-Einsatz. Sie gibt Orientierung und fordert gleichzeitig zu aktivem Handeln auf. Bildungseinrichtungen sollten die kommenden Monate nutzen, um den Einsatz von KI strategisch, rechtsicher und pädagogisch fundiert weiterzuentwickeln.

Zudem verpflichtet die KI-VO Bildungseinrichtungen, sich frühzeitig mit Prozessen, Zuständigkeiten und Kompetenzen auseinanderzusetzen und insbesondere dafür zu sorgen, dass alle am Systemeinsatz beteiligten Personen über das notwendige Wissen verfügen. Ein bewusster, reflektierter Umgang mit KI, im Einklang mit ethischen und rechtlichen Standards, sollte das Ziel sein. ◀

<sup>2</sup> Die Leitfragen wurden mithilfe von KI generiert, OpenAI, ChatGPT (Version 4.0), 30.06.2025